

# Aus den Tannen

Amtsblatt für  
Allgemeines Anzeiger  
Von der



Altensteig, Stadt.  
und Unterhaltungsblatt  
oberen Nagold.

Anzeigenpreis  
bei einmaliger Ein-  
rückung 10 Btg. die  
einmalige Zeile;  
bei Wiederholungen  
entsprechender Rabatt.

Reklamen 15 Btg.  
die Zeile.

Unparteiische Tageszeitung und Anzeigebblatt, verbreitet in den Oberamtsbezirken Nagold, Freudenstadt, Calw u. Neuenbürg.

Nr. 7.	Ausgabeort Altensteig-Stadt.	Freitag, den 10. Januar	Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.	1908.
--------	------------------------------	-------------------------	----------------------------------	-------

## Japan und Amerika.

(Nachdruck verboten.)

Es entspricht durchaus dem Grundsatz der Montrevidorin, der geheiligten Handelslehre, die in dem Satze gipfelt: „Amerika den Amerikanern“, wenn die Völker der nordamerikanischen Union sich gegen die Einwanderung fremder Rassen wehren. Wie sind die Amerikaner mit den chinesischen Kulis umgesprungen, als diese es sich beikommen ließen, ihre billige Arbeitskraft in den Vereinigten Staaten anzubieten! Schonungsweise wurden die bezopften Geldgichter an den Bäumen aufgeknauspelt. Die chinesische Regierung fürzte sich dieser Kulis wegen nicht erst in Unkosten, und in Washington wußte man es im voraus, daß von Peking kein Protest zu erwarten sei. Daher ließ man die wütenden amerikanischen Arbeiter gewähren, bis sie ihr Mäthen an den verhassten chinesischen Konkurrenten gekühlt hatten. Die chinesische Frage wurde für die nordamerikanische Union auf diese Weise gründlich und endgültig gelöst. Lediglich zu seiner Abschichtung nach Amerika zu gehen, erschien selbst dem anspruchlosen chinesischen Kuli nicht mehr verlockend.

Besentlich erster liegen die Dinge in der japanischen Einwanderungsfrage, die jetzt wieder akut geworden ist. Zum ersten lassen sich die japanischen Einwanderer nicht gleich den Chinesen wehrlos als Opferlämmer behandeln. Im Gegenteil, die Japaner erscheinen bis an die Zähne bewaffnet, im Yankeealand und suchen sich ihr Recht zu erkämpfen. Da die Behörden namentlich in dem am meisten betroffenen Kanada ziemlich machtlos sind, so hagelt es nur so blutige Zusammenstöße zwischen den beiderseitigen Konkurrenten. Es kommt zu einem Kriege im Frieden, dessen Fortsetzung zu verhindern, beide Regierungen das dringendste Interesse haben. Denn was in dem englischen Kanada geschieht, das wird von den Japanern doch mehr oder weniger auf Rechnung der Einflüsse des benachbarten Amerika gezelt.

Von einer englisch-japanischen Spannung ist ja auch nirgends die Rede; vielmehr beklagen sich die amerikanischen Blätter bitter darüber, daß gerade England es ist, das den Konflikt schürt und darauf ausgeht, einen Bruch zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Nordamerika herbeizuführen. Tagtäglich werden Klagen über Englands Doppelspiel laut, das in Tokio wie in Washington die freundschaftlichen Gefühle heuchelt, in Wirklichkeit aber unausgesetzt auf einen kriegerischen Zusammenstoß hinarbeitet, um seiner alten Gewohnheit treu, im Trüben zu fischen. Wie die blutige russisch-japanische Auseinandersetzung der Krieg Englands war, so wünschenswert ist, das kann man in amerikanischen Zeitungen immer aufs neue lesen, einen Waffengang zwischen Japan und der nordamerikanischen Union, von dem es sich für seine Interessen im fernem Osten noch mehr verspreche als von der Befestigung des russischen Einflusses in Ostasien.

Die Zukunft muß zeigen, wieviel von diesen Anlagen auf Wahrheit beruht. Für den Augenblick läßt sich nur konstatieren, daß sich die japanisch-amerikanischen Beziehungen in bedenklicher Weise zuspitzen. Nicht bloß wegen der Einwanderungsfrage, die allerdings den Amerikanern schwer genug im Magen liegt, da sie tatsächlich wirtschaftliche Vernachlässigungen empfindlicher Art durch sie erleiden. Der Gegenstand, der zu einer Auseinandersetzung treibt, ist größer. Es handelt sich um die Beherrschung des Stillen Ozeans und des ostasiatischen Handels. Die Informationsreise der amerikanischen Flotte dient tatsächlich der Information, und zwar der Erkundung über die Größe der gelben Gefahr. Darüber gibt man sich auch an den amtlichen Stellen Japans natürlich keiner Täuschung hin. Gleichwohl bemüht sich die Regierung in Washington ebenso wie die in Tokio, die beiderseitigen Beziehungen im möglichst günstigen Lichte erscheinen zu lassen und jede Konfliktgefahr in Abrede zu

stellen. Eine solche ist im Augenblicke auch wegen des ungenügenden Rüstungszustandes beider Länder nicht vorhanden. Aber daß die Dinge auf eine kriegerische Entscheidung hinarängen, und zwar schon für absehbare Zukunft, das hat doch als eine Tatsache zu gelten, mit der man rechnen muß.

## Tagespolitik.

Einige Blätter gefallen sich angesichts der Unsicherheit unserer innerpolitischen Lage darin, von einer Amtsmüdigkeit des Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten Fürsten von Bälou zu sprechen. Sie behaupten, der Fürst wage nicht mehr auf die notwendigen Erfolge seiner Politik zu hoffen, habe sich in das Unabwendbare gefügt und trachte nur noch nach dem einen, sich einen möglichst guten Abgang zu sichern. Wir wissen nicht, ob Fürst Bälou sein Spiel verloren gibt und sich nach Ruhe sehnt. Aber wir glauben nicht, daß dem so ist; unsere feste Ueberzeugung ist es dagegen, daß Fürst Bälou jetzt, da der Kampf erst beginnen soll, die Flinte nicht nutzlos ins Korn werfen wird. Das stünde keinem patriotischen Mann an, um wieviel weniger dem verantwortlichen ersten Ratgeber unseres Kaisers. Im Interesse eines gesunden Fortschritts unserer Reichspolitik ist eine Verächtlichmachung der leitenden Staatsmanns doch enthalten ist, auch auf das lebhafteste zu bedauern. In jedem Kampfe ist die Siegeszuversicht der halbe Sieg. Und daher will und wird das deutsche Volk das Märchen von dem resignierten und nach Ruhe verlangenden Reichskanzler im gegenwärtigen Augenblicke nicht glauben, sondern in dem Fürsten Bälou nach wie vor den Mann der entschlossenen Tat erblicken, der mit ganzer Vollkraft das gesteckte Ziel zu erreichen strebt. Fällt er dabei, so fällt er in einem guten Kampf; aber kleinmütig sich dem Kampfe entziehen, das tut kein Mann, den kaiserliches Vertrauen auf einen so hohen Posten berufen; daran denkt auch Fürst Bälou nicht.

Der Prozeß des früheren Reichskommissars Dr. Peters gegen den Gouverneur a. D. v. Bennigsen beschäftigt seit Dienstag das Kölner Schöffengericht. Dr. Peters fühlt sich durch die Angabe beleidigt, daß tatsächlich ein Brief existiere, in dem er die Hinrichtung eines Negermädchens aus geschlechtlichen Gründen eingestehet. Bennigsen erklärte sich, nachdem er eine Charakteristik von Peters gegeben hatte, zum Führen des Beweises bereit. Peters Verteidiger Justizrat Sello erhob einen „geharntschten und klammernden“ Protest gegen die anscheinend von der Gegenpartei beabsichtigte Art der Verhandlung. Dr. Peters klagte nur wegen der oben erwähnten Beschuldigung, während die Gegenpartei den ganzen „Petersskandal“ noch einmal aufrollen wollte. Das Verzeichnis ihrer Zeugen und Sachverständigen habe sie jetzt erst mitgeteilt, obwohl die Sache schon seit anderthalb Jahren schwebt. Das sei eine Farce, eine Ueberrumpelung. Bennigsen's Verteidiger Fall erwiderte, gerade Dr. Peters Anhänger hätten immer erklärt, in Köln müsse die Angelegenheit gründlich klargestellt werden, es seien die und die Zeugen in Aussicht genommen. Da hätte Herr v. Bennigsen sich selbstverständlich abwartend verhalten. Der Vorsitzende erklärte, er werde die Verhandlung auf den Punkt beschränken, der unter Anklage stehe. Beklagter v. Bennigsen bestritt, daß der nicht existierende Luderbrief mit dem angeblichen Schuldbekenntnis Dr. Peters jemals eine Rolle bei dem Urteil über Herrn Peters gespielt habe. Nur der verstorbene Kolonialdirektor Kaiser habe sich dahinter verschauzt, weil er nicht gleich gegen Peters vorgegangen sei. Aber es bestehe ein Brief an den englischen Bischof Smithies, der mit dem Luderbrief große Ähnlichkeit habe und die Mitteilung über einen Ehebruch des gehängten schwarzen Dieners Mabral mit Peters „Frau“ Jagodja enthalte. Bennigsen führte weiter aus, er wolle seine Behauptung beweisen. Zeugen seien genug vorhanden. Peters sei für die großen militärischen Expeditionen in Ostafrika verantwortlich. Er, Bennigsen, habe viel Uebles über Peters erfahren und habe es stets vermieden, die persönliche Bekanntschaft Peters zu machen. Wenn Peters, wie es damals hieß, Gouverneur von Ostafrika geworden wäre, hätte er — Bennigsen — um seinen Abschied mit der Begründung gebeten, daß er unter einem Peters nicht Veranker bleiben könne. Die von Peters abgehaltenen Gerichtsverhandlungen seien Scheinverhandlungen zur Verdeckung strafbarer Handlungen gewesen.

Ueber die Grundzüge des Branntweinmonopol-Entwurfs teilt die „Zeff. Ztg.“ mit: Der Monopolbetrieb des Reiches soll in der Weise vor sich gehen, daß das Reich den Branntwein vom Brenner kauft, ihn reinigt und ihn dann an den Destillateur, Händler oder Schankwirt weitergibt. Nur die ganz kleinen Brennerereien („Abfindungsbrennerereien“) bis zu 10 Hektoliter Jahreserzeugung sollen aus dem Monopol ausgeschaltet sein und über ihre Ware frei verfügen können.

König Gustav von Schweden hat sich bald nach seinem Regierungsantritt dadurch beliebt gemacht, daß er sich allem höfischen Pomp abgeneigt erklärte. Der König wird auch auf eine besondere feierliche Krönungszeremonie verzichten. Sein Vater, König Oskar II., hielt sie noch für notwendig, mußte die erheblichen Kosten dafür aber schließlich aus eigener Tasche decken.

Die Amerikaner mögen die japanischen Einwanderer nicht, deren Konkurrenz sie nicht ganz ohne Grund fürchten; den Japanern aber ist ihr enges Inselreich zu klein geworden, sie kommen über den Stillen Ozean in hellen Scharen nach den westlichen Distrikten der nordamerikanischen Union. Die Konflikte aus dieser Bewegung liegen auf der Hand. Die beiden Regierungen mischen sich zwar so wenig wie möglich in die Dinge ein und suchen zu einander ein erträgliches Verhältnis zu unterhalten; ob, resp. wie lange sie aber der steigenden Flut werden Stand halten können, das wird allmählich doch eine recht ernste Frage. — Die Gefahr der japanischen Einwanderung ist namentlich in Kanada wieder akut geworden. In Vancouver trafen 300 Japaner ein und weitere 1200 werden im Laufe dieser Woche erwartet. Sämtliche ankommenden Japaner sind auf einen übelen Empfang vorbereitet und gut bewaffnet. Die bereits eingewanderten Japaner eilten zu Hunderten nach Vancouver, um ihren dort eintreffenden Landsleuten im Notfalle beizustehen. Blut ist bereits geflossen und die Erregung der Massen haben wie drüben insolge dessen eine hochgradige. Da die kanadischen Behörden den etwa eintretenden Ereignissen machtlos gegenüberstehen, so ist die Befürchtung vor sehr ernstem Zusammenstoßen nur eine allzu berechtigte. — Von Tokio aus ergeben zwar noch immer die beruhigendsten Versicherungen; diese beruhen jedoch auf der Voraussetzung, daß die Unionregierung die mit ordnungsmäßigen Pässen versehenen japanischen Einwanderer zu schützen wissen werde. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, dann gerät die schon durch die „Informationsreise“ des amerikanischen Geschwaders beunruhigte japanische Volkseele am Ende doch ins Kochen, so daß die Regierung in Tokio leicht einen schwierigen Stand bekommen kann.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Januar.

In der fortgesetzten Besprechung des Zentrumsantrags betr. die Erhaltung und Förderung des Handwerkerstandes und des kaufmännischen Mittelstandes dankt Jel (Hr.) den Vertretern derjenigen Parteien, die dem Antrag ihre Sympathie bekundet haben und betont, es werde große Schwierigkeiten haben, davor dürfe man nicht zurückschrecken. Jel polemisiert dann gegen die Ausführungen des Abg. Brühne (Soz.). Die Agitation der Sozialdemokratie unter den Lehrlingen sei eine der größten Gefahren, die dem Mittelstand drohe. Die Förderung des kleinen Befähigungsnachweises, wonach die Ausbildung von Lehrlingen in handwerksmäßigen Betrieben nur solchen Personen gestattet sei, welche den Meistertitel nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu führen berechtigt seien, gehe der Erfüllung entgegen. Die gegen diesen kleinen Befähigungsnachweis erhobenen Einwände könnten als stichhaltig nicht angesehen werden. Die Regierung möge baldigt die in dem Antrag gewünschten Befehentwürfe vorlegen. (Beifall.)

In der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Zentrums (mit Ausnahme der inzwischen als erledigt zurückgezogenen Teile desselben) betreffend den kleinen Befähigungsnachweis und die Sicherung der Bauforderungen angenommen. Es folgt die Beratung des Antrages v. Richtofen-Damsdorf (konf.) betr. die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten.

## Bestellungen

auf unsere Zeitung „Aus den Tannen“  
für das 1. Quartal 1908

können immer noch gemacht werden.

Die bereits erschienene Nummer, sowie der Wandkalender werden auf Wunsch gerne nachgeliefert.





